Thüringen verliert in den nächsten Jahren 200.000 Arbeitsplätze

Bernd Jentsch, TA 06.06.2023

Erfurt. Die Thüringer Wirtschaft steht in den kommenden Jahren vor einem massiven Mangel an Arbeitskräften. So hofft man, die Lücke füllen zu können.

Die Funkwerk AG aus Kölleda macht mehr als die Hälfte des Umsatzes im Ausland. „Wir erleben tagtäglich, was es bedeutet, sich dem internationalen Wettbewerb stellen zu müssen“, sagte Vorstand Kerstin Schreiber, die auch Vizepräsidentin der Industrie- und Handelskammer (IHK) Erfurt ist. Notwendig seien vor allem wettbewerbsfähige Energiepreise, so Schreiber zum Auftakt eines Dialoges zwischen Politik und Unternehmern zur Zukunft der Industrie in Deutschland und Thüringen.

„Brauchen wir dreißig Jahre nach der Wende noch einen Ostbeauftragten?“, fragte der Vorstandschef des Thüringer Zulieferclusters **Automotive Thüringen**, Mathias Hasecke. Der Verband hatte gemeinsam mit der IHK den Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), zur Debatte eingeladen.

Weniger bürokratische Hürden gefordert

Hasecke forderte einen Abbau von bürokratischen Hürden. Zudem müsse man sich stärker konzentrieren und nicht zu viele neue Themen aufmachen, wie die Debatte um die **Künstliche Intelligenz** belege. Es stünden viele offene Fragen im Raum, etwa wie es mit der **Energieversorgung** und den Preisen dafür nach einem Auslaufen der Preisbremsen weitergehe.

„Natürlich kann man nicht ständig fordern, dass sich der Staat aus allem in der Wirtschaft raushalten soll, und auf der anderen Seite permanent nach der nächsten Subvention rufen“, entgegnete Schneider. Ohne das Agieren der Bundesregierung zur Senkung der **Gaspreise** hätte man eine Pleitewelle erlebt, zeigte sich Schneider überzeugt.

Immer noch Unterschiede zwischen Ost und West

Er schaue bei jeder Entscheidung der Bundesregierung auf deren Auswirkungen für Ostdeutschland, warnte Schneider vor einer Debatte über den Ostbeauftragten. Natürlich gebe es auch jetzt noch erhebliche Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern, etwa bei den Unternehmensgrößen oder den Exportquoten.

Die Enteignung der Gazprom-Speicher und deren konsequente Befüllung hätten zusammen mit den milden Temperaturen im Winter dazu geführt, dass es gelungen sei, eine Gasmangellage zu vermeiden. Die **Gasversorgungslage** sei eine zentrale Frage für die Zukunft der ostdeutschen Wirtschaft. Und dafür sei ein **LNG-Terminal** auf Rügen dringend notwendig.

Thüringen verliert Arbeitskräfte

„Die bisherigen **Terminals für Flüssiggas** stehen allesamt in den westlichen Bundesländern, es gibt aber keine Gasleitungen zwischen Ost- und Westdeutschland.“ Die Schuldenlast des Bundes sei durch die Coronahilfen für die Wirtschaft und die steigenden Zinsen spürbar angestiegen. Die Handlungsfähigkeit des Bundes sei dadurch eingeschränkt.

Die ostdeutsche Wirtschaft werde sich markant verändern, erklärte Schneider. „Der entscheidende Faktor der nächsten Jahre wird das Personal“, so Schneider. Die Verfügbarkeit von **Arbeitskräften** werde immer mehr zur Herausforderung Nummer eins. Allein Thüringen verliere bis zum Jahr 2030 rund 200.000 Arbeitskräfte.

Schneider: Ohne Zuwanderung geht es nicht

Er hoffe auf die Rückwanderung von jungen Frauen, die in den Neunzigerjahren den Freistaat verlassen hätten. Ohne Zuwanderung werde es aber nicht gehen. Und die Stimmung im Land sei nicht förderlich, wenn es um die Attraktivität als Standort im Ausland gehe. Der Bund plane ein gesteuertes **Zuwanderungsgesetz**. „Gelingt dies nicht, bekommen wir ein Problem mit den **Sozialsystemen**, und es bleibt Arbeit liegen“, warnte Schneider.

Einen engeren Austausch zwischen Wirtschaft und Politik mahnte der Geschäftsführer des Erfurter Chipherstellers **X-Fab**, Gabriel Kittler. „Wir müssen wieder mehr miteinander reden“, sagte Kittler und begrüßte den Dialog in Erfurt.